Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

„Beruhigungspillen"

Der Vormarsch Euro-kritischer Gruppierungen in Europa stellt die Regierungschefs und die Brüsseler Eurokraten vor neue Herausforderungen. Seit dem Frühjahr 2010 haben in 18 der 27 Mitgliedstaaten die parlamentarischen Mehrheiten gewechselt. Vor allem der Ausgang der italienischen Wahlen hat Ratlosigkeit ausgelöst. Während in den südlichen Schuldenländern die mehr oder weniger konsequente Sparpolitik zu gewalttätigen Unruhen führt, sorgt hierzulande die Angst, dass sich Deutschland als Zahlmeister einer Transferunion übernehmen werde, für wachsenden Widerstand. Das Vernebeln dieser unüberwindbaren Interessenskollision zwingt die Regierenden zu bisher nicht gekannten rhetorischen Verrenkungen und faulen Kompromissen. Offenkundig setzen die Nehmerländer wegen der Rezession auf verstärkte Neuverschuldung zur Ankurbelung der nationalen Volkswirtschaften. Damit wird der von der Bundesregierung monstranzartig vorgetragene Anspruch, die strukturelle Gesundung (und die finanzielle Unterstützung) erfordere eine Konsolidierung der Schulden-Haushalte, stillschweigend beerdigt. Und die Bundeskanzlerin stellt sich mit der Behauptung „Geld ist da. Jetzt muss das Geld zu den Menschen kommen" wieder einmal äußerst flexibel an die Spitze der Bewegung. Tatsache ist, dass die Pleiteländer mehr importieren als exportieren, folglich gewaltige Leistungsbilanzdefizite anhäufen. Gegen 17 EU-Mitgliedsländer laufen derzeit Strafverfahren wegen überhöhter Defizite. Der einzige Weg zur rapiden Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung nationaler Währungen ist aber durch den Euro verbaut. Die evidenten Probleme werden auch weiterhin nicht gelöst, sondern nur vertagt, während die Ausfallrisiken für die deutschen Steuerzahler sprunghaft steigen. Im Schlussdokument des EU-Gipfels am 14. März 2013 hieß es zur Gesichtswahrung von Frau Merkel, man bekenne sich zu einem „differenziert wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs". Hollande interpretierte das später als Abkehr von Deutschlands Sparkurs. Und die „Wirtschaftswoche" bezeichnete diesen untauglichen Versuch, es wieder einmal allen Recht zu machen, als „Beruhigungspillen" zur Besänftigung des Wahlvolkes in Europa.

Reiche Pleiteländer

Der private Reichtum ist in einigen Euro-Krisenländern deutlich höher als in den Geberländern. Erhebungen der EZB zufolge beträgt beispielsweise das Nettofinanzvermögen der Italiener 173 % des BIP, während der Vergleichswert für Deutschland nur bei 124% liegt. In einer Privatvermögens-Betrachtung pro Haushalt ergibt sich für Italien ein Medianwert von 164.000 EUR, der den deutschen Wert von 76.000 EUR um mehr als das Doppelte übertrifft. Auch in Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien gibt es – laut DIW – private Vermögen, die die Staatsschulden deutlich übersteigen. Ökonomen empfehlen daher, die Vermögenden in den Schuldnerländern durch Zwangsanleihen und Vermögensabgaben zum Abbau der Staatsschulden heranziehen. Solange die Bundesrepublik aber einen stillschweigenden internationalen „Länderfinanzausgleich" hinnimmt, dürfte diese Forderung keinerlei Realisierungschance haben. Stattdessen will Rot-Grün nach der Bundestagswahl hierzulande diverse Steuern deutlich erhöhen. Irgendwo muss das Rettungsgeld schließlich herkommen...

Nicht alternativlos

Vor zwei Jahren haben rund 200 Volkswirtschafts-Professoren in einer öffentlichen Erklärung vor den fatalen Folgen der Euro-Rettungspolitik gewarnt. Tatsächlich würden nicht die Krisenländer gerettet, sondern das Geld fließe an Banken, Hedgefonds und Gläubiger, die „faule" Staatsanleihen gekauft haben. Die EU dürfe nicht alle Ausfallrisiken absichern, da dies zur Fortsetzung unsolider Schuldenpolitik geradezu einlade. Einer der Initiatoren war damals der Hamburger Professor Bernd Lucke, der jetzt zu den Gründern der neuen Partei „Alternative für Deutschland" zählt. Dabei handelt es sich um eine hochkarätige Gruppierung, die auf Sicht einen „kontrollierten Euro-Austritt" bzw. die Auflösung der Gemeinschaftswährung anstrebt. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, weil die Bundesrepublik „in der schwersten Krise ihrer Geschichte" stecke. Die Einführung des Euro habe sich als Fehlentscheidung erwiesen, „die unser aller Wohlstand bedroht". Der Euro ruiniere wie ein Spaltpilz die Wirtschaft, weil die nicht konkurrenzfähigen Länder nicht abwerten können. Dem Norden, vor allem Deutschland, würden ungeheure Haftungsrisiken aufgebürdet. Die Alternative bestehe in der Rückkehr zu nationalen Währungen oder kleineren Währungsverbünden. Die AfW will im September flächendeckend zur Bundestagswahl antreten. Einer neuen Emnid-Umfrage zufolge können sich 26% der Bundesbürger vorstellen, eine eurokritische Partei zu wählen. Und ein Drittel der Deutschen will die DM wieder einführen. Die Hoffnung der etablierten Parteien, die Neugründung werde sich schon selbst erledigen, könnte trügen. Denn: Hier handelt es sich nicht um eine provinzlerische Gruppe von Selbstdarstellern und Amateuren, sondern um eine Initiative ausgewiesener Fachleute, die erstmals die begründeten Sorgen der Bürger ernst nimmt und eine kompetente Alternative zur angeblich „alternativlosen" Rettungspolitik der Berliner Fünf-Parteien-Koalition anbietet. Das Unbehagen in der Bevölkerung über das bisherige Fehlen einer Exit-Strategie wächst. Die gebetsmühlenartige Beschwörung des Euro zur angeblichen Frage von Krieg und Frieden nutzt sich ab. Die nächsten Monate dürften spannend werden.